

Wahlprüfstein DIE LINKE

RENTENPOLITIK-WATCH

c/o DGB Region KERN

Legienstr. 22

24103 Kiel

antwort@rentenpolitikwatch.de

Rentenpolitik

Lebensstandard im Alter sichern:

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

JA.

Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit die Renten für alle spürbar steigen.

Altersarmut verhindern:

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

JA.

Kein Mensch soll im Alter von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Unsere Solidarische Mindestrente soll deshalb an alle Menschen im Rentenalter als Zuschlag - oder im Einzelfall auch als Vollbetrag - von der Rentenversicherung gezahlt werden, die weniger als 1.050 Euro Nettoeinkommen im Alter haben.

Unser Ziel lautet: Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen.

Erwerbstätigenversicherung:

3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

JA.

Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung: Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen und Manager und Managerinnen sollen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Für Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt werden.

Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

JA,.

Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen. Individuell erworbene Rentenansprüche können auf das persönliche Rentenkonto bei der Rentenversicherung übertragen werden. Die staatlichen Subventionen von über drei Milliarden Euro jährlich werden wir abschließen und die Zuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung entsprechend erhöhen.

Und Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den Beschäftigten und den Unternehmen bzw. Auftraggebern finanziert werden. Das gilt für alle Erwerbstätigen.

Und unsere solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft und wird aus Steuern finanziert.

Wir werden mit deutlich höheren Vermögensfreibeträgen sicherstellen, dass soziale Härten vermieden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt.

Rentenpolitische Fehler korrigieren:

5. Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern,

die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

JA.

- Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden.
- Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen.
- Wir werden die Doppelverbeitragung mit krankenversicherungsbeiträgen bei betrieblicher Altersvorsorge sofort beenden. Betriebsrenten dürfen nicht frei von Sozialabgaben sein.
- Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen
- Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden. Wir fordern bereits seit Jahren eine zügige Angleichung an das Westniveau.